

# Eine soziale Energiewende

**Bundesumweltminister Altmair und Vizekanzler Rösler treffen sich zu Energiegipfeln, bei denen aber nichts Konkretes beschlossen wird, schon gar keine Strompreisbremse. Die Bundeskanzlerin meint, dass Deutschland Spitze sei bei der Energiewende und man jetzt nur noch ein paar Stromleitungen durch die Republik ziehen müsste. Aber halt, hat da die schwarz-gelbe Koalition nicht etwas vergessen? Genau, die Verbraucher!**

Worum also geht es? Im Rahmen des Ausbaus der erneuerbaren Energien kommen viele Kosten für Investitionen auf die Verbraucher zu. Das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien hatte dazu vorgesehen, dass die Stromverbraucher über eine Umlage den Ausbau mitfinanzieren. Allerdings sind gerade die größten Stromverbraucher mit saftigen Freigrenzen und Rabatten übervorteilt.

Auch die Preiszusammensetzung ist für die Verbraucher undurchsichtig. Denn der Strom wird an den Börsen gehandelt. Die Preisschwankungen nach oben werden gleich an die Verbraucher weitergegeben, die Börsenausschläge nach unten sorgen aber für satte Extragewinne bei den Energieversorgern. Gerade Hartz-IV-Empfänger spüren diese Erhöhungen zunehmend, denn sie müssen die

Energiekosten aus dem Regelsatz bestreiten, der aber nicht regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen gekoppelt ist. Mehr noch, sparen Hartz-IV-Empfänger Energie ein und kommt es zu Rückzahlungen, werden diese sofort vom Amt kassiert! Hinzu kommt, dass die Energiepreise insgesamt teurer werden, da der größte Teil der Energie aus fossilen Rohstoffen bezogen wird.

## Ein Stromgrundkontingent

Was das am Ende für die Verbraucher heißt, macht u.a. der Monitoring-Bericht der Deutschen Netzagentur deutlich, der erstmals 2011 auch die Zahl der Versorgungsunterbrechungen bei Strom- und Gaskunden aufführt. Danach wurden 2011 mehr als 800.000 Haushalten der Strom- oder der Gasanschluss gekappt. Teure Energie ist eben zunehmend auch eine soziale Frage.

Die Linksfraction im Thüringer Landtag fordert in einem Antrag die Landesregierung auf, hierzu endlich aktiv zu werden. Eine Hilfe bei Stromschulden ist genauso geboten wie eine Abwrackprämie für Energie fressende Haushaltsgüter. Weiterhin muss für Klarheit und Transparenz bei den Preisen für Energie gesorgt werden. Zum anderen schlägt die LINKE vor, ein Grundrecht auf Energie zu einführen, das vor allem im

Zusammenhang mit dem Recht auf Wohnen gedacht werden muss. Um die Energiepreise generell zu senken und auch die erneuerbare Energie weiter auszubauen, braucht es immense finanzielle Mittel. Dazu müssen die vielen Ausnahmen und Privilegien von Industrie und Großverbrauchern bei der EEG-Umlage endlich abgeschafft werden.

Die LINKE kämpft für einen sozial-ökologischen Wandel, der auch Sparsamkeit beim Energieverbrauch zum Ziel haben muss. Dazu fordert die Linksfraction auch die Einführung eines Stromgrundkontingentes für alle Haushalte. Pro allein lebender Person könnte man 500kW/h ansetzen, für jede weitere Person im Haushalt einen Zuschlag von 300kW/h. Dieses Stromgrundkontingent wäre kostenfrei, aber jede Kilowattstunde, die darüber hinaus geht, wird teurer. Hohe Verbräuche werden teurer, Sparsamkeit wird belohnt!

Die Energiewende ist eine einmalige Chance, die Gesellschaft sozial und ökologisch umzubauen und die Vormacht der Konzerne zu brechen. Dazu braucht es aber auch eine neue Herangehensweise und die Einführung einer neuen Logik, die Sparsamkeit belohnt, Energieverschwendung bekämpft und die Versorgung aller Menschen mit Energie sicherstellen kann.

*MDL Matthias Bärwolff*

## DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

### Destruktive Strukturen

Etliche Filme des am 7. März verstorbenen italienischen Regisseurs Damiano Damiani – ein Großer des politischen Krimis – liefen auch in den Kinos der DDR. Es waren nicht nur die in den Nachrufen hervorgehobenen Mafia-Filme (oft mit Franco Nero in der Hauptrolle), in denen Damiani den destruktiven Einfluss krimineller Strukturen auf Gesellschaft und Politik westlicher Staaten darstellte. Ich erinnere mich an den ebenso spannenden wie verstörenden Thriller „Good-bye & Amen“ von 1977. Hervorragend besetzt mit Claudia Cardinale, Tony Musante und John Forsythe, thematisiert der Streifen die Verflechtungen von Geheimdiensten und Terrorismus.

Als ein Mann vom Dach eines Hotels in Rom Menschen tötet und dann Geiseln nimmt, geht die Polizei von einem Amokläufer aus. Doch es handelt sich um einen abtrünnigen Killer der CIA, der Rache nehmen will. Die Agency plant gerade einen Staatsstreich in Afrika, also nimmt der örtliche CIA-Chef die Sache rasch selbst in die Hand: mit einem gemeinen Trick lässt er den Killer und einen möglichen Verräter aus den eigenen Reihen – sowie langjährigen Freund – sich in einem blutigen Showdown gegenseitig umbringen. Die Paranoia, seit dem Watergate-Skandal im Repertoire westlicher Geheimdienstfilme, ist immanentes Gestaltungsmittel.

Der Film wurde zwei Jahre nach dem italienischen Kinostart in der DDR aufgeführt. In der Bundesrepublik kam er nicht in die Kinos, erst 1988 wurde er im Fernsehen ausgestrahlt. Bis heute gibt es keine deutschsprachige DVD (nur das italienische Original), lediglich eine um mehrere Minuten gekürzte (und extrem überbeuerte) VHS-Kassette. Dafür liegt jetzt der Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses zur Neonazi-Terrorgruppe NSU vor, der systemisches Versagen von Sicherheitsbehörden illustriert.

## „Demokratie macht Schule - Schule macht Demokratie“

**„Demokratie macht Schule - Schule macht Demokratie“, so der Titel der diesjährigen Demokratie-Fachtagung, die das Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ und die drei Landtagsfraktionen von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam am Donnerstag, den 6. Juni, Beginn 14 Uhr, im Thüringer Landtag (Raum F 101) veranstalten.**

Die Thematik Schule und Demokratie hatte sich in der Abschlussdiskussion der Demokratie-Fachtagung 2012 (dort ging es um Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren) als wichtige „Baustelle“ heraus kristallisiert, die ebenfalls mit einer solchen Fachtagung intensiver in den Fokus der Aufmerksamkeit und Diskussion gerückt werden sollte.

Demokratie ist nicht ein gegebener Zustand, sie muss im Alltag gelebt werden – jeden Tag. Deshalb ist es wichtig, Demokratie in und für die Zivilgesellschaft so früh und so intensiv wie möglich erlebbar zu machen und möglichst praktisch einzuüben. Die Schule bzw. Schulen vor Ort übernehmen dabei eine wichtige Funktion. Daher steht der Eingangsvortrag der Veranstaltung unter dem Titel „Schule als Lernort der Demokratie“. Als Bestandteile der Veranstaltung sind auch zwei Podiumsdiskussionen vorgesehen: zum einen mit Vertreter/innen von Schülervertretungen, Eltern-

vertretungen, Gewerkschaften, Lehrerverbänden und Kultusministerium, zum anderen sollen auf einem Podium mit Fraktionsvertreter/innen Konsequenzen und Nachbesserungsbedarf für die parlamentarische Arbeit – auch die Gesetzgebung – des



Landtags kritisch diskutiert werden. Ein wichtiger Schwerpunkt der Veranstaltung sind – wie schon in den vergangenen Jahren – praktische Beispiele und Projekte zum Thema aus Thüringen, die vorgestellt und besprochen werden. Es soll dabei um Projekte innerschulischer Demokratie gehen, aber auch – im Sinne des Ausbaus praktisch gelebter Demokratie – um die Öffnung von Schulen

hin zu Kommunen (z.B. durch verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsame Veranstaltungen) sowie um das direkt-demokratische Engagement um Schulerhalt, Schulnetzplanung und anderes (z.B. durch Bürgerbegehren auf Landkreisebene). Es ist vorgesehen, dass sich die Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher mit Fragen und Diskussionsbeiträgen an den Veranstaltungsabschnitten aktiv beteiligen können. Weitere Informationen zur Veranstaltung und eine ausführliche Einladung werden demnächst bekannt gemacht. Die Veranstalter/innen freuen sich auch dieses Jahr auf zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer und spannenden Diskussionen.

*S. Steck*

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Diana Glöckner  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.